

Ernährungssicherheit und globale Verunsicherung

Autor(en): **Sautebin, Paul**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **70 (2015)**

Heft 1

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-891106>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ernährungssicherheit und globale Verunsicherung

Die Bauernorganisation Uniterre, welche vor allem in der französischsprachigen Schweiz verankert ist, kämpft für die Zukunftschancen einer bäuerlichen und selbstbestimmten Landwirtschaft in der Schweiz. Paul Sautebin leitet die Sektion Jura/Berner Jura und ist im Uniterre-Vorstand. In dieser kämpferischen Analyse setzt er sich mit der Schweizer Landwirtschaftspolitik auseinander.

Paul Sautebin. Unser Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, BLW-Direktor Bernhard Lehmann und sein Vizedirektor Christian Hofer legen sich ins Zeug und werben für die Öffnung der Märkte und die Liberalisierung der Wirtschaft. Sie nutzen die Gunst der Stunde: Die bäuerlichen Kampagnen sind abgeflaut, die Landwirte und Landwirtinnen verstummt. Energie und Ressourcen werden beim Unterschriftensammeln für die verschiedenen landwirtschaftlichen Volksinitiativen benötigt.¹ So ist eine wahrhafte Gegenoffensive angelaufen, eine Liberalisierungskampagne gegen die Landwirte, die sich tagtäglich mit den Grenzen der Natur und der Unberechenbarkeit der Märkte arrangieren müssen.

Das agrarpolitische Geld dient dem «Strukturwandel»

Das Bundesamt für Landwirtschaft hat die Zielrichtung für die Zeit nach der Agrarpolitik 2014–2021 (AP 14–21) bereits klar festgelegt: Möglichst alles liberalisieren, den Grenzschutz für Getreide, Fleisch, Früchte und Gemüse aufgeben und «Schoggigesetz» und Exportbeihilfen für Käse aufheben. Herr Schneider-Ammann und seine Mitstreiter ebnen mit der Ausrichtung der Direktzahlungen 14–17 und 18–21 den Weg für die Marktangleichung: Weniger Beiträge für Talbetriebe zur Beschleunigung des Strukturwandels und mehr für die Landschaftspflege im Berggebiet. Mit Ökobeiträgen werden ökologische Massnahmen gefördert, welche die Nahrungsmittelproduktion nur am Rand tangieren, um die Wettbewerbsfähigkeit dieses Sektors nicht zu beeinträchtigen. Auf der anderen Seite steht das BLW politisch (wenn nicht gar mit finan-



Paul Sautebin am Hof «Sous les Plânes» in La Ferrière.

Foto: zVg

ziellen Beiträgen) hinter der zunehmenden «Kolonialisierung» der Landwirtschaftsflächen durch Agroindustrie-Betriebe.

«Ernährungssicherheit» wird umgedeutet Auch der Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheitsinitiative des Schweizer Bauernverbands, den der Bundesrat derzeit ausarbeiten lässt, stammt aus der Rüstkammer der Abteilung für Bauernfängerei: **Der Bundesrat nutzt die emotionsgeladene Ernährungssicherheitsdebatte aus, um ein Mega-Ernährungssicherheitskonzept dank Freihandelsabkommen als Gegenvorschlag ins Spiel zu bringen.**

Argumentiert wird damit, dass sich die Schweiz mit einem Selbstversorgungsanteil von nur 50% den Zugang zu den Märkten offenhalten muss. Dabei geht es nicht nur um den Inhalt der Volksinitiative, sondern auch darum, die Volksmeinung für den angepeilten agrarpolitischen Kurs zu gewinnen, denn agrarpolitische Ent-

scheidungen haben weitreichende Auswirkungen auf die ganze Gesellschaft.

Seit den bäuerlichen Milchstreiks hat der Wind nämlich gedreht: **Die Bevölkerung steht hinter den Bauern und betrachtet sie nicht länger als glückliche Subventionsempfänger.** Verfechter des liberalen Kurses hingegen präsentieren unternehmerische Junglandwirte und -landwirtinnen, die sich der agroindustriellen Produktion verschrieben haben, als Vorzeigebispiele und stempeln die übrigen Bauern und Bäuerinnen als rückständig und hinterwäldlerisch ab. Wir dürfen ihnen beim Versuch, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, keinesfalls freie Hand lassen, denn ihre Mega-Ernährungssicherheit schert sich nicht um die Ängste und Befürchtungen, die die agroindustrielle Produktion mit ihren minderwertigen Produkten, ihren art-ungerechten Tierfabriken, ihrer Umweltverschmutzung und ihrem Energie- und Ressourcenverschleiss bei der Bevölkerung hervorruft. Vielmehr wird uns der landwirtschaftliche Freihandel mit minderwertigen und ungesunden Nahrungsmitteln überschwemmen, während sich die schweizerischen Produzenten damit abfinden müssen, die exklusiven Luxusnischen in der ganzen Welt zu beliefern.

Die Zeit ist reif: Bauern und Bäuerinnen müssen sich vom Standesdenken verabschieden und weit mehr auf die Menschen zugehen, die sich von ihren Erzeugnissen ernähren. Sie tun gut daran, deren Befürchtungen ernst zu nehmen, gemeinsam mit ihnen eine Vision für eine nachhaltige Landwirtschaft und eine gesunde Nahrungsmittelproduktion zu entwickeln und entschlossen dafür einzustehen. Slogans wie «Ernährungssicherheit» und Erhalt einer «produktiven Landwirtschaft» wer-

¹ Anmerkung der Redaktion: Auch Uniterre ist mehrgleisig unterwegs. Auf <http://www.souverainete-alimentaire.ch> finden sich Informationen zum Stand der Unterschriftensammlung für ihre Ernährungssouveränitäts-Volksinitiative.

den dazu missbraucht, den Vormarsch einer zerstörerischen Agroindustrie zu rechtfertigen. Es darf nicht sein, dass die vom Bund jährlich aufgewendeten 4 Milliarden Franken Direktzahlungen einer Nahrungsmittelproduktion Vorschub leisten, die ein Risiko für Mensch und Umwelt darstellt. Der Liberalismus gründet darauf, Ungleichheiten auszunützen. Die Ernährungssicherheit nach dem Rezept des Bundesrats wird die allgemeine Verunsicherung verschärfen und das System welt- und schweizweit mehr und mehr aus dem Gleichgewicht bringen. Die Folgen einer solchen «Sicherheit» sind soziale Ungleichgewichte, die in Hunger und Gewalt umschlagen können. In dieser Situation schwankt der Schweizer Bauernverband voller Unsicherheit herum und er hat sich bei der Ernährungssouveränität in seine eigenen Widersprüche verheddert: Der

SBV weiss selber nicht, welche Landwirtschaft er will, und das nutzt der Bundesrat selbstverständlich aus, um sein Konzept jetzt knallhart immer vollständiger umzusetzen.

Diese «Liberalisierung» ist aber eigentlich eine Zwangseignung mithilfe von Norm- und Geldzwängen zuhanden einer durchindustrialisierten Landwirtschaft, die eine echte Naturbeziehung durch eine Robotisierung ersetzen will. Das bringt uns nicht nur eine schlechte Ernährung, es führt auch allorten zu Konflikten und kompletter Destabilisierung der Schweizer Landwirtschaft. Deshalb kämpfen wir für eine Art Moratorium, das den kleinflächigen Betrieben ihren Boden erhält und die Freigabe weiterer Produktionslinien für die komplette Industrialisierung stoppt.

Die grüne Revolution hat ausgedient, ein neues Projekt muss her! Wir finden nur aus der Sack-

gasse heraus, **wenn wir auf die Erde hören und in unsere Herzen horchen. Es geht um unsere Menschenwürde, um unsere Selbstbestimmung** und um die Autonomie unserer Landwirtschaftsbetriebe, deren wichtigster Partner die Natur ist. Hier geht es nicht um die Ernährungssouveränität der Schweiz, sondern um die Selbstbestimmung der Weltbevölkerung im Kampf gegen einen ungebremsten Liberalismus, der das Streben nach einem gerechten Miteinander untergräbt.

Wir können uns wehren und für unsere Autonomie einstreuen, indem wir hier und jetzt mit allen Mitteln gegen die geplante Öffnung der weissen Linie (Marktöffnung für Milch und Milchprodukte) ankämpfen. Die Sektion Untere Jura & Berner Jura engagiert sich beharrlich und konsequent für eine menschenwürdige, autonome Landwirtschaft. ●

› Regionalwirtschaft

Wie geht Nahversorgung in ländlichen Räumen?

Nikola Patzel. Am schlechtesten ist die Lebensmittelversorgung dort, wo die Lebensmittel herkommen: auf dem Land. Nicht dass es in der Schweiz in ländlichen Gegenden an Essen mangeln würde wie in anderen Ländern. **Öfters fehlt aber die Nähe zur Einkaufsmöglichkeit und generell herrscht ein Mangel an regionalen Ernährungssystemen.** Die allermeisten Menschen auch auf dem Land kaufen ihre Lebensmittel in Geschäften ein, aber die Kaufleute sind einem ähnlichen Preis- und Zentralisierungsdruck ausgesetzt wie die landwirtschaftlich Tätigen auch.

Allein die *Berner Zeitung* zeigte im Lokalteil 2014 sieben Artikel zum Thema «Lädelersterben», diese Gefahr rollt schnell von Ort zu

Ort.¹ Wie kann trotzdem heute Nahversorgung in ländlichen Räumen funktionieren? Einige Modelle ausser Direktvermarktung sind:²

Filial- und Franchise-Unternehmen sind wirtschaftlich meist erfolgreicher als privatwirtschaftliche Einzelunternehmen. Ein Beispiel dafür ist Volg mit 550 Läden in der Schweiz, mit einer durchschnittlichen Verkaufsfläche von 180 m² und einem relativ grossen Sortiment von ca. 3000 Artikeln. Volg gehört der Fenaco, einer Mega-Landwirtschaftsgenossenschaft. Im Vergleich verschiedener «Kleinladen-Modelle» ist ein wichtiger Unterschied, ob die Läden die Waren ihrem Grosshändler abkaufen, also vorfinanzieren müssen und auch das Risiko tragen, wenn etwas nicht

verkauft wird – oder ob der Grosshändler Eigentümer des Sortiments bleibt und der Ladenbesitzer an der «Verkaufsprovision» verdient. Besonders wichtig ist, dass die Ladenbetreiber die Freiheit behalten, in ihrem Franchisebetrieb auch eigenständig regionale und lokale Waren zu verkaufen.

Multifunktionsläden bilden einen starken Trend: Die Ladeninhaber versammeln möglichst viele Dienstleistungsangebote bei sich in einem Raum. Das verursacht sehr viel Arbeit und bringt etwas mehr Kundschaft, als wenn man einen klassischen Laden hat. Wirtschaftlich lohnen tut sich von diesen Nebengebieten aber fast nur, eine Bistro-Ecke anzubieten und fertiges Essen anzubieten wie Kaffee, belegte Brötchen oder auch Mittagstisch.

¹ Überschriften in Lokalteilen der *Berner Zeitung*, 2014: «Für den Dorfladen schlägt die letzte Stunde» (Zollbrück, 10. Januar) – «Jetzt ist es definitiv: Der Dorfladen geht zu» (Böwil, 28. Februar) – «Wie Armin Gfeller dem Lädelersterben trotzt» (Heimisbach, 8. März) – «Der Dorfladen lebt nun doch weiter – mit Café und Blumen» (Grünenmatt, 13. Mai) – «Kleiner Dorfladen sagt der grossen Landi den Kampf an» (Rüeggisberg, 6. Juni) – «Lädelersterben: Ein Dorf wehrt sich» (Oberwangen, 3. Oktober) – «Trotz Not gibt's Hilfe für Dorfladen» (Iseltwald, 8. Dezember).

² Diese Darstellung folgt überwiegend der 60-seitigen Broschüre «Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen. Impulse für die Praxis», die 2014 vom deutschen «Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung» herausgegeben wurde. Die allgemeinen und betriebswirtschaftlichen Angaben beziehen sich daher überwiegend auf Deutschland, die analysierten Muster sind auch in der Schweiz wirksam.